

Links Jami 1984

# Kein Frieden mit Abschreckung

MOHSSEN MASSARAT

In der Friedensbewegung besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die imperialistischen Staaten, allen voran die USA, gegenwärtig die Hauptverantwortung für die weltweite Aufrüstung tragen, indem sie Strategien einer offensiveren Kriegsführung entwickeln. Umstritten ist hingegen die Einschätzung der sowjetischen Rüstungspolitik und des sowjetischen Beitrages am Wettrüsten. So hat die Stationierung der – entsprechend dem Sprachgebrauch der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) – operativ-taktischen Raketen mittlerer und längerer Reichweite SS 22 und SS 23 in der DDR und der CSSR nach dem Stationierungsbeginn der US-Raketen Pershing II und Cruise Missile in Westeuropa in der Friedensbewegung heftigen Streit ausgelöst.

Der folgende Artikel ist die stark gekürzte Fassung eines Papiers, das Mohssen Massarat für die Teile der um den Bundesverband der Unabhängigen Friedensgruppen (BUF) herum gruppierten Friedensbewegung im Hinblick auf die Aktionskonferenz der Friedensbewegung Anfang Mai '84 in Köln geschrieben hat. Der Autor setzt sich mit Positionen auseinander, die auch nach der Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckenraketen an einer Politik des Minskonsenses festhalten. Die Argumentation dieser Gruppen ist im Anhang zu der auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Februar '84 verabschiedeten Plattform enthalten.

In dieser für die Glaubwürdigkeit und die Perspektive der Friedensbewegung sehr wichtigen Frage gibt es im großen und ganzen zwei relevante und gegensätzliche Positionen: Erstens die Position, die, ungeachtet der unterschiedlichen Motive, Dynamik und Bestimmungsfaktoren, die der Rüstungspolitik und -maßnahmen beider Blöcke zugrunde liegen, die "Nach-Nachrüstungmaßnahmen" der Warschauer Paktstaaten genauso ablehnt wie die "Nachrüstung" der NATO. Zweitens die Position, die für die Stationierung der sowjetischen SS 22 und SS 23 in der DDR und CSSR Verständnis aufbringt und sie mit der Stationierung der neuen US-Raketen in Westeuropa legitimiert.

Die Auseinandersetzungen in dieser Frage machen deutlich, daß die Kritik der Friedensbewegung an der Abschreckungspolitik und an der Aufrüstung in Ost und West, wie sie in den Aufrufen immer wieder formuliert wurden, für ein-

offensichtlich reine Lippenbekenntnisse waren. Denn genau diese Auseinandersetzung zeigt ja, daß der Konsens über die prinzipielle Ablehnung der Abschreckungspolitik und der Maßnahmen, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln einschließen, in der Friedensbewegung realiter nicht existiert, aber permanent vorgetäuscht wird. Um so notwendiger die Diskussion über diese zentralen Fragen, die nun gründlich und mit Vorrang in den Friedensinitiativen geführt werden muß.

Von einem Teil aus dem Spektrum der Unabhängigen, vor allem aber vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) und von anderen Gruppen, die sich einer antimonopolistischen Bündnisstrategie verpflichtet fühlen, wurden bisher für das Verständnis gegenüber der "Nach-Nachrüstung" vor allem folgende Gründe angeführt:

● Die drohende Kriegsgefahr, Aufrüstung und Wettrüsten gingen ausschließlich auf das Konto der imperialistischen Staaten und insbesondere des US-amerikanischen Strebens nach einer globalen militärischen Überlegenheit. Auf diese Politik habe die WVO bisher stets nur reagiert.

● Da die UdSSR einer Drohung durch die NATO und insbesondere durch die Politik der USA konfrontiert sei, könne sie ihrerseits auf eine Politik der Abschreckung und der Drohung mit dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln nicht verzichten.

● Um zu verhindern, daß die NATO ihre militärische Überlegenheit ausnutze, müsse die Friedensbewegung die Kriegsvorbereitungen durch die NATO verhindern und gegenüber den (rein defensiv orientierten) Rüstungsmaßnahmen der UdSSR Zurückhaltung üben.

## Auch durch die SS 22 und SS 23 wird der Atomkrieg führbar gemacht

Keiner kann in der Tat die Garantie dafür übernehmen, daß die NATO ihre militärische Überlegenheit nicht nutzt, wenn es ihr erfolgversprechend erscheint. Da haben die KOFAZ-Vertreter recht. Kann aber irgendjemand die Garantie dafür übernehmen, daß die Stationierung der sowjetischen SS 22 und SS 23 einen Kriegsausbruch verhindert?

Die Befürworter neuer US-Mittelstreckenraketen haben die Stationierung dieser Waffen in Westeuropa mit einem Übergewicht von SS 20-Raketen in Osteuropa, also rein quantitativ, begründet. Dabei haben sie die neue strategische Qualität dieser Waffen konsequent und stur unterschlagen. In ihrem Eifer, die sowjetische "Nach-Nachrüstung" zu rechtfertigen, unterschlagen nun aber die Vertreter des KOFAZ ebenso die neue Qualität der SS 22 und SS 23, die angesichts ihrer Zielgenauigkeit und der Kürze der Vorwarnzeit (2-4 Min.) mit Pershing II-Raketen funktional vergleichbar sind und auch sein sollen. Sie verharmlosen die sowjetischen Maßnahmen als bloßes Gegengewicht, die "deutlich machen sollen, daß es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, militärische Überlegenheit zu erlangen".

Gegen den Vergleich der NATO-"Nachrüstung" mit der sowjetischen "Nach-Nachrüstung" wird eingewendet, mit Pershing II und Cruise Missile bedrohten die USA von Westeuropa aus die Sowjetunion, während die SS 22

und 23 nicht die USA, sondern lediglich Westeuropa bedrohten. Doch spricht dieser Einwand gerade deshalb aus europäischer Sicht nicht für, sondern erst recht gegen die sowjetischen Rüstungsmaßnahmen. Unabhängig von diesem Aspekt erlangt im übrigen auch die Sowjetunion mit der Stationierung von SS 22 und 23 die Fähigkeit, einen Atomkrieg unterhalb der Eskalationsstufe der gegenseitigen Vernichtung beginnen und führen zu können.

Beruhten die bisherigen Abschreckungskonzepte denn letztlich auf der Gewißheit allseitiger Vernichtung, so war diese perverse "Sicherheitslogik" gerade eben noch annehmbar, weil die fragwürdige Gewißheit, daß keine der Supermächte gewillt sein werde, den eigenen Untergang zu riskieren, die vorsätzliche Auslösung eines Krieges unwahrscheinlich machte. Durch die Fähigkeit beider Supermächte, einen Atomkrieg in Europa, im Nahen Osten und in anderen Regionen der Welt, aber außerhalb ihres eigenen Territoriums führen zu können, ist selbst diese "Gewißheit" verschwunden.

## Supermachtinteressen der Sowjetunion durch "Gleichgewicht"

Die Behauptung, die Sowjetunion hätte bisher auf die westlichen Rüstungsmaßnahmen und Strategien ausschließlich reagiert und sich stets

## Friedensbewegung am Scheideweg?

Beiträge zu einer Politik der Friedensbewegung

EIN LESEBUCH

Herausgegeben vom Arbeitskreis für Friedenspolitik und Friedenspädagogik e.V. Freiburg



SELBSTVERLAG

Das Stichwort "Scheideweg" weckt Assoziationen: Ist die Bewegung am "Dahinscheiden", geht es weiter oder gar um das "Nehmen großer Schritte"?

Dieses Lesebuch versammelt "Beiträge zu einer Politik der Friedensbewegung". Aus einem breiten und kontroversen politischen Spektrum haben wir Texte aus nicht für jeden zugänglichen und erschwinglichen Zeitschriften, Heften und Sammelbänden zusammengestellt.

Schwerpunktthemen sind: Historische Bezüge und aktuelle Rahmenbedingungen friedenspolitischer Arbeit - Friedensbewegung und staatliches Gewaltmonopol - Atomzivilismus oder antimilitaristische Opposition? - Das Verhältnis zum Ostblock - Friedensbewegung und "Dritte Welt" - Zur sicherheitspolitischen Diskussion und Strategie der Friedensbewegung.

Erscheint im Mai, 240 Seiten, 10,- DM (+ 1.50 Porto)

Bestellschein

Name: ..... Vorname: .....

Strasse: ..... PLZ, Ort: .....

Schwarz bestellbar! ..... Einzelart der Lesebücher "Friedensbewegung am Scheideweg - Beiträge zu einer Politik der Friedensbewegung" zum Preis von 10,- DM

Bitte bestellen über: Arbeitskreis für Friedenspolitik und Friedenspädagogik e.V. Postfach 9 7800 Freiburg i. Br.

\* Bei Versand bitte Betrag vorüberweisen \* 1.50 DM Porto

Bank: Peter Götter, Postfach 100 Stuttgart Nr. 2016 42-700

auf das notwendige Mindestmaß des "Abschreckungspotentials" beschränkt, widerspricht den Tatsachen:

Jahrelang hat die Sowjetunion bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA nicht um echte Abrüstungsschritte, sondern um die Festlegung von neuen Obergrenzen für umfangreiche und vielfältige atomare Waffensysteme zu Land und zur See verhandelt und sich so am Wettlauf um immer mehr Overkillpotential beteiligt. Mit ca. 50 SS 20 könnte die Sowjetunion, nach übereinstimmenden Aussagen, ganz Westeuropa verwüsten. Wozu braucht sie ein Vielfaches dieses "Abschreckungspotentials"?

Es ist richtig, daß die Rüstungsproduktion und der Rüstungsexport der Sowjetunion nicht den Triebkräften der Absatzerweiterung und der Profitmaximierung folgt. Die Sowjetunion verfolgt auch nicht weltweite ökonomische Interessen, die mit denen der USA und der übrigen NATO-Staaten vergleichbar wären. Deshalb ist es auch unzulässig, die Sowjetunion mit den USA, den Warschauer Pakt mit der NATO in diesem Sinne gleichzusetzen. Nicht nur Wesen und Dynamik der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der beiden Blöcke sind unterschiedlich, sondern auch der Entwicklungsstand ihrer Ökonomien. Die Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere die Sowjetunion, sind ökonomisch und technologisch gegenüber den NATO-Staaten hoffnungslos unterlegen.

Das von der Sowjetunion angestrebte Ziel des strategischen Gleichgewichts ist aber die unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung jener Supermachtposition, die die Sowjetunion im Zuge der Entwicklung während des Zweiten Weltkrieges und danach erlangt hat. Würden strategische Waffen in Ost und West abgebaut, das atomare Patt beseitigt werden, so wäre die Sowjetunion zwar eine ökonomisch und militärisch immer noch bedeutende Weltmacht, allerdings mit erheblich geringerem weltpolitischen Einfluß als heute. Sie wäre keine Supermacht mehr, während die USA ihre ökonomische, militärische und politische Supermachtposition beibehielten. Auch gegenwärtig ist die Sowjetunion keine mit den USA vergleichbare Supermacht, sie verfolgt aber spezifische Supermachtinteressen, die mindestens auf den flankierenden Schutz ihres eigenen Machtbereiches zielen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Status quo innerhalb und außerhalb des eigenen Blocks hat die Sowjetunion nicht davor zurückgeschreckt, Aggressionsakte zu begehen und ihren politisch-militärischen Einflußbereich durch die Einbeziehung der von den kolonialistischen und imperialistischen Fesseln befreiten Länder der Dritten Welt als Pufferzonen in den Ost-West-Gegensatz auszudehnen.

Das strategische Gleichgewicht und ihre Supermachtposition kann die Sowjetunion allerdings, angesichts ihrer ökonomisch-technologischen Unterlegenheit nur dadurch aufrechterhalten, daß sie ihre Anstrengungen auf den Militärsektor konzentriert und materielle und menschliche Ressourcen permanent und in wachsendem Maße disproportional in diesen Sektor umleitet. Diese Disproportionalität und die getrennten Entwicklungsmöglichkeiten des zivilen und des militärischen Sektors in der Sowjetunion, die ja aus dem Gegensatz zwischen ihrer ökonomisch unterentwickelten Grundlage und der nur militärisch sanktionierten Supermachtposition resultiert, wird sich

in Zukunft eher verschärfen.

In diesem Mißverhältnis zwischen ökonomischer Grundlage und militärischer Macht der Sowjetunion ist ein genauso großes Gefahrenmoment eines weltweiten Krieges mit Massenvernichtungsmitteln angelegt wie im Bestreben imperialistischer Staaten, eine militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen. Durch militärische Überlegenheit verfolgen die USA und die NATO-Staaten das Ziel, ihre politischen Handlungsspielräume weltweit auszubauen und jene "Freiheit" für wirtschaftliche Aktivitäten in der Dritten Welt wiederzuerlangen, die der Kolonialismus jahrhundertlang gewährte (Air Land Battle-Konzept). Durch die Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichts verfolgt die Sowjetunion das Ziel, die weit über ihre weltwirtschaftliche Bedeutung erlangten weltpolitischen Handlungsspielräume zu erhalten. Der Konkurrenzkampf der beiden Supermächte und Blöcke um strategische Überlegenheit seitens der USA bzw. strategisches Gleichgewicht seitens der Sowjetunion hat eine Eigendynamik erhalten und wird unvermeidlich dazu führen, daß beide Seiten die Selbstabschreckung überwinden und zur Planung und Umsetzung von Offensivstrategien übergehen.

Im Lichte der Konsequenzen dieses Konkurrenzkampfes für die Menschheit ist die Frage rein akademisch, wer und mit welchen Motiven begonnen hat, Offensivkonzepte zu entwickeln. Indem die Sowjetunion mit der Stationierung von SS 22 und 23 in der DDR und der CSSR die Offensivstrategie der NATO nachahmt, setzt sie ihren mörderischen Konkurrenzkampf mit der NATO fort. Auch aus diesem Grunde muß die Friedensbewegung diese Maßnahmen radikal ablehnen.

### Die Friedensbewegung ist kein Instrument der sowjetischen Supermachtinteressen

Für einige mag die Beibehaltung dieses Gleichgewichts im Interesse der Absicherung der sowjetischen Supermachtinteressen Vorrang haben gegenüber weltweiten Abrüstungsschritten, die die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel einschließen und auch die Weltmacht-Position der Sowjetunion damit entscheidend schwächen könnten. Die Friedensbewegung wird sich aber vehement dagegen wenden müssen, daß sie zum Instrument der sowjetischen Supermachtinteressen verkommt. Für die große Mehrheit der Menschen in der Friedensbewegung war und ist der Widerstand gegen die neuen US-Raketen nicht darauf beschränkt, ausschließlich die Stationierung dieser Waffen in Westeuropa zu verhindern oder gar das strategische Patt zwischen den Blöcken aufrechtzuerhalten, sondern einen Abrüstungsprozeß bis zur Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel in Gang zu setzen.

Wer sich auf die friedenspolitisch perspektivlose Gleichgewichtsstrategie der Sowjetunion einläßt und bereit ist, Rüstungsmaßnahmen zu legitimieren, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln einschließen, der stellt sich objektiv in den Gegensatz zu einer Friedensbewegung, die diesen Namen verdient und deren Hauptanliegen die Entfaltung und Umsetzung einer echten friedenspolitischen Alternative ohne Abschreckung und Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln ist.

Die Rechtfertigung einer wie auch immer be-



rororo 7821 / DM 9,80

**«Jetzt müssen die Ursachen der Politik offengelegt werden, die zu immer neuen «Nachrüstungen» führen.»**

A. Mechttersheimer  
Außerdem liegt vor:  
A. Mechttersheimer/  
P. Barth (Hg.)  
**Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen?**  
Dokumentation zur Nachrüstung.  
Band 2.  
rororo aktuell  
5247 / DM 9,80

gründeten Abschreckungspolitik leistet dem im Massenbewußtsein verwurzelten Abschreckungsgedanken Vorschub und versperrt den Blick für eine friedenspolitische Alternative, die sich nicht auf Abschreckung stützt. Eine solche Position, die mit Rücksicht auf die sowjetischen Interessen und Rüstungsmaßnahmen das Gleichgewichtdenken und die Abschreckungspolitik entweder überhaupt nicht oder halbherzig in Frage stellt, wird in der praktischen Friedenspolitik höchst defensiv und handlungsunfähig bleiben müssen. Sie wird ungewollt Wasser auf die Mühlen der NATO-Abschreckungsdoktrin gießen.

### Fazit und Konsequenzen

Die Friedensbewegung lehnte die Pershing II und Cruise Missile-Raketen u.a. auch deshalb ab, weil sie das Leben von Millionen Menschen in der Sowjetunion bedrohen. Sie muß die Stationierung von SS 22 und SS 23 in Osteuropa ablehnen, weil auch diese Waffen nicht wenige Menschen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern bedrohen. Die Friedensbewegung hat der Stationierung neuer US-Raketen eine Absage erteilt, und zwar ungeachtet der vermeintlichen oder wirklichen Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen SS 20-Raketen. Sie muß auch von der Sowjetunion die unverzügliche Rücknahme der begonnenen Stationierung von SS 22 und SS 23 fordern – und dies unabhängig von der durch die neuen US-Raketen für sie entstandenen Bedrohung.

Die Friedensbewegung darf sich auf keine militärische und militaristische Logik einlassen. Vielmehr muß sie ihren eigenen Zielvorstellungen nicht nur verbal, sondern praktisch verpflichtet sein und auch bleiben. Folgende Prinzipien sind deshalb m.E. für den Fortbestand und den Erfolg der Friedensbewegung unverzichtbar:

1. Prinzipielle Absage an Logik, Politik und Geist der Abschreckung.
2. Grundsätzliche Ablehnung von Militärstrategien und Rüstungsmaßnahmen, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln einschließen.
3. Bedingungslose Solidarität mit allen Menschen in Ost und West, insbesondere in der Bundesrepublik und allen anderen west- und osteuropäischen Stationierungsländern, die wegen ihres Eintretens für diese Ziele staatlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt werden. ■